

Aufsatz 12/07

**Deutschland und die Friedenseinsätze
- vom Nobody zum weltpolitischen Akteur -**

*Dr. Winrich Kühne,
Direktor, Zentrum für Internationale Friedenseinsätze
Berlin, Dezember 2007*

Einleitung*

Ende 2007 geht die Bundesrepublik Deutschland der wahrscheinlich schwierigsten Phase der Geschichte ihrer Beteiligung an internationalen Friedenseinsätzen entgegen. Verschiedene Einsätze – wie insbesondere der in Afghanistan – befinden sich in Bedrängnis. Im Kosovo ist die einseitige Erklärung seiner Unabhängigkeit in Kürze mit ungewissen Auswirkungen im Lande selbst und für die Stabilität der Region zu erwarten. Zugleich baut sich im nördlichen Teil Afrikas vom Sudan, Tschad, der Zentralafrikanischen Republik über Eritrea und Äthiopien bis hin zu Somalia eine Konfliktregion größten Ausmaßes auf. Sie ist der Kontrolle Afrikas und der internationalen Gemeinschaft bereits im Wesentlichen entglitten. UNAMID, die erste große, „hybride“ Friedensmission der Afrikanischen Union und der UNO, die der humanitären Katastrophe im Dafur einhalten gebieten soll, ist bereits vor ihrem Start in größten Schwierigkeiten und droht in einem Debakel zu enden.

In der deutschen Bevölkerung dagegen geht das Verständnis für eine Beteiligung an riskanten Einsätzen kontinuierlich zurück. Fehlschläge, die Tote oder Verletzte nach sich ziehen, und die wachsende Gefahr von Geiselnahmen und Selbstmordanschlägen sind in allen Staaten, nicht nur der Bundesrepublik, eine gefährliche Mischung für die Akzeptanz von Friedenseinsätzen. Die jüngsten Umfrageergebnisse sind besorgniserregend.

Die wachsende Kluft zwischen Politik und Bevölkerung über die deutsche Beteiligung an Friedenseinsätzen mag man bedauern. Überraschend ist sie nicht. Denn anders als verschiedene seiner Verbündeten verfügt die Bundesrepublik Deutschland über keine nennenswerte Tradition von Auslandseinsätzen. Die Kolonialzeit liegt lange zurück. Die kollektive Erinnerung ist stattdessen – wenn auch abnehmend – geprägt von den traumatischen Erfahrungen des ersten Weltkrieges und dem Militarismus des faschistischen Deutschlands.

Dennoch hat die bundesdeutsche Bevölkerung die Beteiligung der Bundeswehr an Friedenseinsätzen bis jetzt erstaunlich ruhig hingenommen. Erst jetzt, ausgelöst durch die Debatte über den Einsatz im Kongo und dann die Zuspitzung der Lage in Afghanistan, ändert sich das.

Offenbar haben weite Teile der Bevölkerung nur vage mitbekommen, dass sich in einem Zeitraum von weniger als nur zwei Jahrzehnten in der deutschen Politik ein rasanter Wandel vollzogen und sich die Bundesrepublik bei Krisenprävention und Friedenseinsätzen von einem Nobody zum weltpolitischen Akteur gewandelt hat. Dieser Wandel ist Gegenstand des nachfolgenden Beitrags.

* Der vorliegende Beitrag erschien im Dezember 2007 in der Zeitschrift *der Überblick*, S. 66 ff

Inhalt

Überraschender Start in Afrika – Namibia und Somalia Anfang der 90er Jahre.....	3
Wir gehen hin, wohin wir nicht gehen wollten – Balkan, Afghanistan, Libanon	4
Die Polizei – von der Provinz in die weite Welt	5
Bundeswehr – sind Peacekeeper richtige Soldaten?	6
Regierung und Parlament – weltpolitische Realität als unerbittlicher Lehrmeister.....	9
Schluss	10
Abkürzungsverzeichnis	11

Überraschender Start in Afrika – Namibia und Somalia Anfang der 90er Jahre

Dem Bundesrepublikaner ist *Namibia*, das ehemalige Deutsch Süd-West Afrika, vor allem als Land des Tourismus, der Etoschapfanne und Buschmänner sowie der Jagd auf Kudus, Impalas und anderes Wildtier bekannt. Dass Namibia aktuell einer der stabilsten Staaten Afrikas ist und dieses Idyll Touristen genießen können, ist jedoch nicht vom Himmel gefallen. Es ist vielmehr Folge der Tatsache, dass in diesem Land 1989/90 einer der erfolgreichsten Friedenseinsätze in der Geschichte der UNO durchgeführt wurde, nämlich UNTAG. Mehr noch, UNTAG war zugleich der Beginn einer signifikanten Beteiligung Deutschlands am internationalen Peacekeeping. Allerdings war es nicht die Bundeswehr, sondern eine halbe Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes, die in den Norden des Landes entsandt wurde. Dort in Ovamboland traf sie auf eine zweite halbe Hundertschaft deutscher Polizei, nämlich der Grenzpolizei der DDR. Die Begegnung zwischen den beiden Kontingenten war zu erst kühl, dann aber wurde gut zusammengearbeitet. Und der Einsatz wurde, wie im Mandat vorgesehen, im März 1990 mit der Wahl zur verfassungsgebenden Versammlung erfolgreich beendet.

Der erste Einsatz der Bundeswehr verlief weit weniger glücklich. Nach langem hin und her entschloss sich die Bundesregierung Anfang 1993, erstmalig Bundeswehrtruppen – und nicht nur Sanitätskontingente wie in Kambodscha - in einen Friedenseinsatz der UNO nach *Somalia* zu entsenden, um sich an der Stabilisierung des von Krieg, Zerstörung und Hungersnöten geschüttelten Landes zu beteiligen. Dort war im Dezember 1992 unter Führung der U.S.A. bereits die multinationale Streitmacht UNITAF gelandet und hatte den Kämpfen ein Ende bereitet. UNITAF wurde März 1993 durch UNOSOM II abgelöst. Mit einer Personalzahl von über 20 000 wurde UNOSOM zu einer der bisher größten Friedensmissionen der UNO (ONUC im Kongo von 1960-1964 war ungefähr gleich stark). Bedrängt von den Verbündeten und in Sorge um ein glaubwürdiges Aufgabengebiet für die nach dem Ende des Ost-West Konflikte plötzlich „arbeitslos“ gewordene Bundeswehr, stellte Deutschland ein Versorgungsbataillon zur Verfügung.

Der Einsatz in Somalia stand von Anfang an nicht unter einem guten Stern. Er war, nicht verwunderlich für einen ersten Einsatz, begleitet von mannigfaltigen Ängsten der Politik. Ausdrücklich wurde ein relativ friedliches Gebiet für die Bundeswehr ausgesucht, die Region um Belet Huen. Sicherheitshalber wurden zusätzlich 500 italienische Blauhelme für das deutsche Bataillon bereitgestellt. Seinen eigentlichen Auftrag konnte es jedoch nicht erfüllen. Denn die indische Kampfbrigade, die die Deutschen versorgen sollte, traf nie in Belet Huen ein und eine Verlegung des deutschen Bataillons in andere Regionen Somalias, wie vom UNO-Hauptquartier in New York mehrfach informell angefragt, lehnte Bonn strikt ab. Richtigerweise machten die Soldaten sich dann als „Entwicklungshelfer“ nützlich. Sie reparierten und bauten Straßen, Brücken, Schulen etc. Belet Huen wurde so zur Geburtsstunde des CIMIC.

Heute, über 10 Jahre später, weht über die meisten der guten Werke dieses ersten Bundeswehreininsatzes der somalische Wüstensand. Zugleich führte dieser aber zu einer wichtigen verfassungsrechtliche Klärung, nämlich die Notwendigkeit der Zustimmung des Parlaments zur Entsendung von deutschen Militärs in Friedenseinsätze. Anders als in vielen anderen Staaten wurde der Bundestag damit zu einem Schlüsselakteur für die deutsche Beteiligung an Friedenseinsätzen.

Wir gehen hin, wohin wir nicht gehen wollten – Balkan, Afghanistan, Libanon

Regierung, Parlament und Führung der Bundeswehr reagierten auf das Debakel in Somalia überwiegend trotzig. „Nie wieder Afrika“ wurde für die nächsten Jahre zum Leitspruch. Diese Reaktion bestätigte nachträglich, dass es eigentlich keine klare politische Vorstellung darüber gegeben hatte, warum die Bundeswehr nach Somalia entsandt wurde. In das bis dato vorherrschende verteidigungs- und sicherheitspolitische Denken, orientiert an der Konfrontation von Panzerarmeen des Warschauer Paktes und der NATO in der norddeutschen Tiefebene und dem möglichen Einsatz nuklearer Gefechtsfeldwaffen, passte diese Entsendung auf jeden Fall nicht. Somalia war der Auftakt zu einer Serie von Einsätzen, die durch die Melodie gekennzeichnet waren: Wir gehen hin, wohin wir eigentlich nicht gehen wollten: Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Afghanistan, Libanon und wieder zurück nach Afrika, in den Kongo.

Insbesondere in Bezug auf *Südosteuropa (Balkan)* hatten Bundeskanzler Kohl und mit ihm die große Mehrheit der politischen Klasse Anfang der 90er Jahre eine klare Meinung: Die Bundesrepublik Deutschland schickt keine Soldaten in Gebiete, die während des Dritten Reichs von den Deutschen besetzt waren - und das schien vernünftig. Doch diese Doktrin hielt nicht lange. Südosteuropa wurde in kurzer Zeit zum Haupteinsatzgebiet der Bundeswehr. Seit 1996 beteiligt sie sich substantiell am SFOR-Einsatz der NATO in Bosnien und Herzegowina. 1999 folgte dann der Einmarsch gepanzerter Kolonnen der Bundeswehr in den Kosovo als Teil von KFOR. Die, wenn auch zahlenmäßig geringe, Beteiligung an UNOMIG in Georgien ist ein weiteres Beispiel dafür, wie schnell sich die Kohl-Doktrin überlebte.

Ähnlich verhält es sich mit *Afghanistan*. In den 90er Jahren hätte niemand in Deutschland ernsthaft zu behaupten gewagt, dass deutsche Truppen bei der Sicherung Zentralasiens und speziell Afghanistans eine wichtige Rolle zu spielen hätten. Heute jedoch, nach mehr als einem halben Jahrzehnt, wird das Engagement im Rahmen von ISAF von der bundesdeutschen politischen Klasse ganz überwiegend als im vitalen deutschem Interesse behandelt, auch wenn die Frage der Beteiligung an den Kampfeinsätzen im Süden des Landes strittig ist. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung jedoch steht dem Satz des früheren Verteidigungsministers Struck: „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“ mit größter Skepsis, wenn nicht offenem Unverständnis gegenüber.

Gleiches würde zweifellos für die Beteiligung an UNIFIL, dem Friedenseinsatz der UNO im *Libanon* gelten, wenn es bei ihm zu ähnlichen Gewalttaten wie in Afghanistan käme. Denn ähnlich wie im Falle Südosteuropas galt auch für den Nahen Osten unumstößlich: Deutsche Soldaten haben in der Nähe Israels nichts zu suchen. Vorerst halten sie sich deswegen auch nur an der Küste des Libanon in sicherer Entfernung von den eigentlichen Schauplätzen der Gewalt auf. Mit einer Mannschaftsstärke von über zweitausend stellt das deutsche Marinekontingent die bisher stärkste deutsche Beteiligung an einem Friedenseinsatz der UNO dar. Das ist überraschend.

Das Postulat „Nie wieder nach Afrika“ überlebte länger. Die Beteiligung der Bundeswehr mit fast 800 Soldatinnen und Soldaten an EUFOR in der *DR Kongo* im Sommer 2006 setzte jedoch auch ihm ein jähes Ende. (Die Tatsache, dass zuvor schon zwei Militärbeobachter zu UNMEE an der Grenze zwischen Äthiopien und Eritrea und aber fünfzig Militärbeobachter der Bundeswehr zu UNMIS in den Sudan entsandt worden waren, blieb weitgehend unbeachtet). Afrika hat wieder einen Platz auf der sicherheitspolitischen deutschen Landkarte!

Die Polizei – von der Provinz in die weite Welt

Ende der 1980er Jahre hätte niemand voraussagen gewagt, dass sich Deutschlands Beteiligung an den internationalen Friedenseinsätzen derart rasant entwickeln würde. Die Fixierung auf die bipolaren Konfliktlinien des Ost-West Konflikts und das eingefahrene sicherheitspolitische Denken in konventionellen Bedrohungslagen wies in eine völlig andere Richtung. Der Einstieg Deutschlands erfolgte deswegen auch nicht durch die Bundeswehr, sondern durch die Polizei bei UNTAG in Namibia. Namibia war der Auftakt zum *2nd Generation Peacekeeping*, den sog. multidimensionalen Einsätzen der UNO, in denen von nun an die Polizei und zivile Experten neben dem Militär zu strategischen Pfeilern für den Erfolg wurden.

Die deutsche Polizei hat ihre Erfolgsgeschichte im Wesentlichen bis heute fortsetzen können, auch wenn ihre Arbeit von Verbündeten, wie insbesondere von einigen Amerikanern, zum Teil heftig kritisiert wird. Konzeptionell wurde dem deutschen Engagement vorgeworfen, dass die Ausbildung der afghanischen Polizisten viel zu lange dauere und die eingesetzten Mittel zu gering seien. Es müssten schnell eine große Zahl von Polizisten und nicht einige wenige, wenn auch gut ausgebildete Polizisten bereitgestellt werden. Der von den Amerikanern erfolgte Ansatz, in kurzer Zeit eine sehr große Zahl von minimal ausgebildeten Polizisten zu „produzieren“, stieß allerdings auf nicht weniger Kritik, nicht zuletzt von afghanischer Seite. Die Tatsache, dass diese Polizei – bei der es sich de facto eher um relativ schwer bewaffnete, para-militärische Milizen handelt – von Militärs und nicht Polizisten ausgebildet wurde, stieß auf wenig Verständnis. Heute dürfte Konsens bestehen, dass beide Vorgehensweisen nicht zu einem zufrieden stellenden Polizeiaufbau in Afghanistan führen. Das bundesdeutsche

Engagement ist inzwischen in ein verstärktes europäisches Polizeiausbildungsprogramm übergegangen, das aufgrund der verschlechterten Sicherheitslage im Lande und ungenügenden Mitteln allerdings ebenfalls mit erheblichen Problemen kämpft.

Die vorzüglichen Trainingseinrichtungen der Polizei sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene haben für das bisher insgesamt recht erfolgreiche Engagement der deutschen Polizei eine wichtige Rolle gespielt. Bedenkt man, wie „provinziell“ die Masse der deutschen Polizei in ihren Revieren traditionell verankert ist, dann kommt die Tatsache, dass inzwischen gut 5000 deutsche Polizisten und Polizistinnen weltweit in Einsätzen waren, einer Kulturrevolution im deutschen Polizeiwesen gleich. Die Rückkehr in das heimatliche Revier ist für die Polizisten allerdings häufig mit Schwierigkeiten und Enttäuschungen verbunden. Weder auf der Ebene des Bundes noch der der Länder ist es eine durchgängige Praxis, dass der internationale Einsatz für die weitere Laufbahn der Polizisten positiv verbucht wird. Im Gegenteil, vereinzelt schein genau das Gegenteil noch der Fall zu sein. Außerdem haben die Kollegen und Kolleginnen nur teilweise Verständnis für den Ausflug ins Internationale und verbergen nicht ihren Ärger über die für sie durch diesen „Ausflug“ entstandene Mehrbelastung. Und die Familien und Freunde bekommen unter Umständen einen stark veränderten Menschen zurück, der gesprächsbedürftig ist Themen und Erlebnisse, die weit von ihrem Alltagsleben entfernt sind. Einrichtungen der Polizei und die Trainingseinrichtungen versuchen durch „Rückkehrtrainings bzw. – seminare zu helfen.

Die Achillesferse der deutschen Polizeibeteiligung an Friedenseinsätzen bleibt die Rekrutierung der Polizisten. Nicht zuletzt aufgrund der Bund-Länderstruktur ist dies bürokratisch häufig ein mühseliges Verfahren. Der Bereitschaft der Länder, Polizisten zu entsenden – die ja nicht in Kontingenten gestellt, sondern *one by one* durch die zuständigen Stellen des Bundes (Auswärtiges Amt und Innenministerium) herausverhandelt werden müssen - ist sehr unterschiedlich. Bayern hat sich entschieden, vorerst keine weiteren Polizisten zu stellen, es sei denn der Bund erklärt sich zu einem entsprechenden Kostenersatz bereit. Andere Bundesländer könnten diesem Beispiel folgen.

Dabei gibt es ein Modell, das dieses Problem lösen könnte. Der Bund, also die Bundesregierung und der Bundestag, müssten dem Auswärtigen Amt einen Etat zur Verfügung stellen, aus dem die Länder für freigestellte Polizisten kompensiert und damit die in den Heimatrevieren entstehenden Lücken geschlossen werden könnten. In Skandinavien wird dieses Modell erfolgreich vorexerziert.

Bundeswehr – sind Peacekeeper richtige Soldaten?

Bedingt durch das von ihr unverschuldete Debakel in Somalia war der Einstieg der Bundeswehr in das Geschäft der Friedenseinsätze weniger erfolgreich als der der Polizei. (In Kambodscha hatte die Bundeswehr zwar 1992 durch die Entsendung eines Feldlazarett bereits Gutes getan.

Es galt jedoch als humanitäre und nicht als militärische Komponente). Somalia stärkte bei Offizieren und Soldaten der Bundeswehr die Aversion gegen eine Beteiligung an Blauhelmeinsätzen. Sie passten nicht in ihr letztlich doch stark vom Preußentum geprägtes, soldatisches Selbstverständnis. Für Skandinavien und Armeen der Dritten Welt mochte dieses uniformierte Gutmenschdasein unter der blauen Flagge der UNO ein angemessenes Betätigungsfeld sein, nicht jedoch für die Bundeswehr als maßgebliche Streitmacht der NATO.

Beides, Blauhelme als harmlose Gutmenschen und die UNO als Versager hatte schon damals mit der Realität des Peacekeepings wenig zu tun – eine Realität, von der die meisten Deutschen und auch die Bundeswehr mangels Erfahrung wenig Ahnung hatten. Denn in Somalia hatte nicht die UNO versagt, sondern vor allem amerikanische Politik und Militärs, die den Einsatz an vorderster Stelle geführt hatten. Und Bonn erwarb sich mit seinem Insistieren auf den nutzlosen Verbleib der Bundeswehr in Belet Huen ebenfalls kein Ruhmesblatt. Umso mehr war man sich dann aber mit den Amerikanern einig, die UNO lautstark als Schuldigen für das Debakel in Somalia zu brandmarken.

Die Aversion deutscher Militärs gegen eine Beteiligung an Friedenseinsätzen war in eine Anfang der 90er Jahre insgesamt sehr widersprüchliche Diskussionslage eingebettet. Da gab es einmal die in Publizistik und Wissenschaft sehr lautstarke Abteilung der anti-militaristischen Friedensgruppierungen und Teile der Friedensforschung, die in der Beteiligung der Bundeswehr an internationalen Friedenseinsätzen den Beginn eines Widererwachens militaristischer deutscher Weltmachtsambitionen sahen. Und die traditionellen Sicherheitspolitiker betrachteten mit ihrer Festlegung auf die NATO und das transatlantische Bündnis ihrerseits das Peacekeeping, zumal unter dem Dach der UNO, als ein der Bundeswehr nicht würdiges Aufgabenfeld.

Beiden Denkschulen muss man aus heutiger Sicht eine beträchtliche Realitätsferne bescheinigen. Sie war jedoch nicht unverständlich. Denn natürlich wurde und musste der Einstieg der Bundeswehr in internationale Friedenseinsätze vor dem Hintergrund der Tragödien des deutschen Militarismus einerseits und der Realität der aus dem Ost-West Konflikt erwachsenen Strukturen andererseits, wie insbesondere die NATO, diskutiert und politisch ausgetragen werden. Ihren emotionalen Höhepunkt erreichte diese Auseinandersetzung mit der 1992 beginnenden Diskussion um das „robuste“ Peacekeeping, also die Relativierung der bis dato sakrosankten Peacekeepingprinzipien *non-use of force* und *impartiality* zugunsten eines begrenzten Gewaltseinsatzes, um ein ausreichend sicheres Umfeld für das *post-conflict Peacebuilding* zu gewährleisten.

In Deutschland war die Debatte um das robuste Peacekeeping 1992 durch eine Studie des Autors für das Bundesverteidigungsministerium und einen Beitrag im *Überblick (4/92)* eröffnet worden, parallel zu einer entsprechenden Diskussion in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern. Friedensforschung, Linke und Grüne ebenso wie Generäle und

Sicherheitspolitiker waren sich - mit wenigen Ausnahmen - einig in der geballten Ablehnung dieses Konzepts, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Erstere sahen in diesem Konzept nun endgültig den Einstieg der Bundeswehr in Kriegsführung und militärische Expansion. Bundeswehrgeneräle dagegen schien die Gleichzeitigkeit von Dialog, Unparteilichkeit und möglichem militärischen Gewalteinsatz ein völlig unmögliches Unterfangen und Ausdruck von „akademischen Unsinn“ (so ein damaliger Generalinspekteur der Bundeswehr). Abwehr erregte insbesondere die mit diesem Konzept in der Tat auftretende „Grauzonenproblematik“, dass nämlich der Übergang zwischen gewaltfreiem, dialogorientiertem Peacekeeping und militärischen Zwangsmaßnahmen fließend wurde und Friedenseinsätze damit im Grunde den Charakter von „militarisierten Polizeieinsätzen“ einnahmen.

Es dauerte, bis deutsche Friedensforschung, Politik und Militärs die Realität der diffusen, unkontrollierten und unkonventionellen Gewaltausübung bis hin zum Völkermord als Schlüsselproblem versagender und zerfallender Staaten anerkannten, die die Peacekeeper in einen völlig anderen Kontext stellten als sie ihn von den traditionellen Einsätzen auf dem Sinai, an den Golan Höhen oder auf Zypern gewöhnt waren. Somalia, der Völkermord in Ruanda ebenso wie der gewaltsame Zerfall des früheren Jugoslawien mit dem Massenmord in Srebrenica stehen für diesen schmerzlichen Lernprozess.

Heute, mehr als ein Jahrzehnt später, ist die Bundeswehr – wie die Polizei – international als ein erfolgreicher Akteur bei Friedenseinsätzen anerkannt, trotz der schwierigen Diskussionslage Anfang der 1990er Jahre. Über 200 000 Soldaten und Soldatinnen waren inzwischen weltweit ein- oder mehrmalig in Einsätzen. Der Balkan, Kaukasus, Nahe Osten und Zentralasien gehören heute ebenso selbstverständlich zu Einsatzgebieten wie – zunehmend – auch Afrika.

Dennoch bleibt Grundsätzliches zu tun, vor allem für die Politik. Die Ausrüstung der Bundeswehrkontingente muss besser den realen Anforderungen in den Einsätzen angepasst werden. Zögerlich verhält sich die Politik zudem weiterhin bei der Abschaffung von Vorbehalten, mit der Einsätze von Bundeswehrkontingenten versehen wurden, obwohl sie für die Effektivität der Bundeswehr und der Einsätze insgesamt anerkanntermaßen kontraproduktiv sind. (Deutschland ist auf diesem Gebiet jedoch nicht der einzige Sünder).

Schließlich ist offensichtlich, dass die übliche viermonatige Rotation der Kontingente keinen wirklich sinnvollen Einsatz in komplexen Konfliktumgebungen wie die in Afghanistan oder auf dem Balkan möglich macht. Durch den ständigen Wechsel lässt sich kein ausreichender Kontakt zur Zivilbevölkerung herstellen. Die Einheiten werden ausgewechselt, kaum dass sie sich mit ihrer Umgebung vertraut gemacht haben. Viele Bundeswehroffiziere wissen das und sind auch der Meinung, dass ein anderes System mit längerer Stehzeit gefunden werden könnte, das möglicherweise sogar kosteneffektiver ist als das gegenwärtige, ohne zugleich den berechtigten Wunsch nach einer nicht zu langen Trennung von den Familien zu negieren.

Regierung und Parlament – weltpolitische Realität als unerbittlicher Lehrmeister

Der Weg Deutschlands in die Friedenseinsätze war nicht frei von Ironie, Widersprüchen und Überraschungen. Das fing, wie erwähnt, gleich in Namibia mit dem ersten und letzten gemeinsamen deutsch-deutschen Polizeieinsatz in einer ehemaligen deutschen Kolonie an. Dann kam die Serie der Einsätze in Gebieten in die wir eigentlich nicht gehen wollten: Somalia, vor allem aber Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Georgien, Afghanistan und dann der Nahe Osten. Überraschender noch: Es war nicht eine konservative Regierungskoalition, sondern Rot-Grün, die bis dato nur wenig geöffnete Tür der deutschen militärischen Beteiligung an Friedenseinsätzen machtvoll aufstieß und Deutschland auf diesem Gebiet zu einem weltpolitischen Akteur machte. Auch die einst massiven Vorbehalte gegen das „robuste Peacekeeping“ wurden angesichts der Realitäten auf dem Balken schnell vergessen.

Ist dieses Einschwenken von Rot-Grün auf die Realität internationaler Friedenssicherungspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts als Verrat am Wählerwillen anzuprangern, wie das seiner Zeit zum Teil geschah? Wohl kaum. Denn schließlich ging es in allen Fällen um die Verhinderung von massiven Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Völkermord, also um Anliegen, die beiden Parteien traditionell wichtig sind. Das ist jedoch nicht durch schöne Reden erreichbar, sondern verlangt Handeln und zwingt zu der Einsicht, dass unter bestimmten Bedingungen die Sicherung grundlegender Menschenrechte ohne Militäreinsatz nicht zu erreichen ist. (Zudem ging es beim Balkan natürlich auch um handfeste realpolitische Interessen wie die Abwehr massiver Flüchtlingsströme nach Deutschland und andere Teile Europas).

Es versteht sich von selbst, dass das Militär nur sichern und stabilisieren, nicht aber die hinter diesem Morden liegenden Konflikte lösen kann. Rot-Grün bemühte sich deswegen auch sehr schnell, dem Eindruck, einseitig militärlastig zu sein, durch die Verabschiedung des „Rahmenkonzepts Krisenprävention und Konfliktbeilegung“ im Juni 2000 entgegenzuwirken. Diesem noch sehr allgemeinen Konzept folgte dann im Mai 2005 der umfassendere Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Durch den ab Sommer 2002 erfolgten Aufbau des *Zentrums für Internationale Friedenseinsätze* (ZIF) in Berlin ebenso wie der Errichtung des zivilen Friedensdienstes ließ die Regierung den im Rahmenkonzept erfolgten Ankündigungen Taten folgen.

Das für das deutsche zivile Personal zuständige ZIF gilt heute in seiner Verbindung von Personalrekrutierung, Vorbereitung und Training sowie Analyse und Lessons Learned weltweit als richtungweisendes Modell. Mehr als eintausend Deutsche und Internationale durchliefen inzwischen die vom ZIF alleine oder mit Partnern organisierten Kurse, über eintausend Personen wurden für den ZIF Stand-by Expertenpool aus mehreren tausend Bewerbern ausgewählt und knapp 200 zivile deutsche Experten arbeiten in der Regel in Einsätzen der OSZE, UNO und EU.

Die Zahl der vom ZIF weltweit über die EU und OSZE entsandten Wahlbeobachter hat 2000 überschritten.

In der öffentlichen Wahrnehmung geht es diesen Zivilen jedoch ähnlich wie der Polizei: In den Massenmedien gehen sie neben der Bundeswehr unter. Ohne Waffen und gepanzerte Fahrzeuge haben sie keinen Unterhaltungswert.

Schluss

Es lässt sich feststellen, dass das Land und seine politischen Einrichtungen seit Beginn der 90er Jahre einen bemerkenswerten Lern- und Veränderungsprozess durchgemacht hat. Bei Regierung und Abgeordneten hat die fortlaufende Beschäftigung mit den Friedenseinsätzen zu einem enormen Umdenken und weltpolitischer Horizonterweiterung geführt. So sind die Mitglieder des Auswärtigen- und des Verteidigungsausschusses des Bundestages nicht mehr fast ausschließlich auf die NATO, die transatlantischen Beziehungen und die Bedrohung aus dem Osten fokussiert, sondern unbekannte Orte mit fremdartigen Namen wie Pristina und Prisen im Kosovo, Kundus und Faisabad in Afghanistan, Juba im Südsudan oder Bunia in der Demokratischen Republik Kongo, früher bestenfalls den Entwicklungspolitikern bekannt, sind inzwischen geläufig und werden bereit.

Bei den Entwicklungspolitikern hat ein nicht weniger grundsätzliches Umdenken stattgefunden. Eine wachsende Zahl von ihnen, allen voran die Entwicklungshilfeministerin, treten im Zusammenhang mit Afghanistan und zuvor schon bei dem EU-Militäreinsatz für den Kongo vehement für eine Beteiligung der Bundeswehr ein. Das wäre früher völlig undenkbar gewesen. Es gab Zeiten in der entwicklungspolitischen Praxis und Wissenschaft, da galt die Beschäftigung mit allem Militärischen als unschicklich. Jetzt werden Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit auf einem Seminar nach der anderen mit größter Lust und Hingabe bearbeitet. *Tempora mutantur!*

Sehr fraglich ist dagegen, ob in der Bevölkerung eine ähnliche „Entprovinzialisierung“ des Denkens stattgefunden hat, obwohl inzwischen mehr als mehr als 200 000 bundesdeutschen Soldaten und Soldatinnen, mehr als 5000 Polizisten und Polizistinnen sowie mehreren tausend zivilen Expertinnen und Experten an internationalen Missionen teilgenommen haben. Die – wie eingangs erwähnt – wachsende Aversion der Bevölkerung gegen die deutsche Beteiligung an internationalen Einsätzen, vor allem wenn sie mit größeren Risiken verbunden sind, spricht dagegen. Die Politik ist an dieser Skepsis nicht schuldlos. Denn allzu leichtfertig wurden in der Vergangenheit schnelle Erfolge suggeriert. Hier ist mehr Mut zur Wahrheit und langer Atem gefordert!

Abkürzungsverzeichnis

CIMIC	Civil-Military Co-operation
EUFOR	European Union Force
ISAF	International Security Assistance Force (Afghanistan)
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
ONUC	United Nations Operation in the Congo
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
SFOR	Stabilisation Force (Bosnien und Herzegowina)
UNAMID	United Nations African Union Mission in Darfur
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNITAF	Unified Task Force (Somalia)
UNO	United Nations Organisation
UNMEE	United Nations Mission in Ethiopia and Eritrea
UNMIS	United Nations Mission in Sudad
UNOMIG	United Nations Observer Mission in Georgia
UNOSOM	United Nations Operation in Somalia
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group (Namibia)
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze